

Ratsmehrheit will Radweg verlängern

WGA 9.8.16

Der Freizeitpark ist umstritten, die Verlängerung der Balkantrasse bis Zenshäuschen nicht.

Von Karsten Mittelstädt

Der geplante Freizeitpark auf dem Gelände zwischen Lidl und Am Wasserturm ist umstritten. Die ebenfalls geplante Verlängerung der Balkantrasse über die Straße Zenshäuschen bis zur Thomas-Mann-Straße scheint hingegen sicher. Sehr zum Leidwesen der Anwohner, die den neuen Rad-Gehweg ablehnen. Doch er wird wohl gegen ihren Willen realisiert.

Bislang endet die Balkantrasse in Höhe der Fußgängerbrücke Am Wasserturm. Der offizielle Radweg führt dann über Berliner Straße, Pfarrstraße und Thomas-Mann-Straße weiter. Bürgermeister Rainer Bleek würde den Schlenker über die Berliner Straße lieber vermeiden. Immerhin nutzten rund 80 000 Radler in knapp einem Jahr die Trasse, wie eine Zählung ergab. Bleek würde den Radweg lieber über den jetzt schon angelegten Trampelpfad weiterführen. Von dort soll er vor dem Lidl nach links schwenken und über Gelände, das dem Auto-



Früher fuhr die Straßenbahn zwischen diesen Häusern hindurch, künftig soll die Balkantrasse hier entlangführen. Am Haus Zenshäuschen Nummer 2 würde der Rad-Gehweg unmittelbar am Küchenfenster vorbeiführen.

Foto: Mittelstädt.

haus Hildebrandt gehört, bis nach Zenshäuschen geführt werden. Über die frühere Straßenbahntrasse soll der Radweg dann bis an die Thomas-Mann-Straße geführt werden.

Dieser Plan wird offenbar von den meisten Fraktionen gutgeheißen, nicht nur von SPD und Grünen, die den Freizeitpark hinter Zenshäuschen befürworten, sondern auch von denen, die den Freizeitpark dort ablehnen. „Die Verlängerung des Radweges ist auch unser Wunsch“, sagt Oliver Platt (BüFo). Allerdings möchte er, dass die Anlieger mit ins Boot geholt werden. „Die Sorgen der Anwohner müssen ernst genommen werden“, sagt Platt.

Einige Anwohner formulierten ihre Sorgen gestern auf Anfrage des WGA. Es wird nicht nur mehr Lärm und Unrat befürchtet, den manche Radfahrer hinterlassen. „Unfälle sind doch vorprogrammiert“, sagt eine Anwohnerin, die nicht genannt werden möchte, und zeigt auf die Garagenausfahrten an der Straße.

Radfahrer können bis ins Küchenfenster schauen

Vor allem am Haus Nummer 2 würde der Radweg unmittelbar vor dem Küchenfenster vorbeiführen. „Dass das niemand möchte, dafür muss man Verständnis haben“, sagt FDP-Fraktionsvorsitzender Jürgen Manderla. Aber auch seine

Fraktion ist für die Verlängerung des Rad-Gehweges und erwartet von der Stadtverwaltung, „dass sie auf die Leute zugeht.“

Henning Rehse, dessen WNK UWG-Fraktion den Freizeitpark hinterm Lidl ebenfalls ablehnt, ist gleichfalls für die Verlängerung der Balkantrasse. „Das ist in den Gesprächen klar gesagt worden. Wenn das Gelände an die Autohäuser verkauft wird, dann abzüglich eines etwa 3,50 Meter breiten Streifens für den Radweg.“ Rehse sieht die Verlängerung also unkritisch. Er glaubt auch, dass das Autohaus Hildebrandt der Lösung zustimmen würde. Denn ein Teil des Geländes, auf dem der künftige Rad-Gehweg

verlaufen soll, gehört dem Autohaus Hildebrandt. Geschäftsführer Bernd Hildebrandt führt Gespräche mit Politik und Verwaltung und will sich deshalb zum jetzigen Zeitpunkt öffentlich nicht zu dem Thema äußern.

Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) wünscht die Fortsetzung der Balkantrasse ebenso. Die Bedenken der Anwohner, dass durch den Radweg der Lärmpegel auf der Straße Zenshäuschen steigt, kann ADFC-Vorsitzender Frank Schopphoff nicht teilen. Er sei dort aufgewachsen. Früher, sagt Schopphoff, ist dort die Straßenbahn durchgefahren. „Das war wirklich laut.“

» Standpunkt

BALKANTRASSE

NAME Der Rad-Gehweg hat den Namen Balkantrasse in Anlehnung an die Bezeichnung Balkan-Express“. So wurde die 1994 eingestellte Bahnlinie von Wuppertal bis Opladen nach dem Zweiten Weltkrieg im Volksmund genannt. „Balkan“ stand für die dünner besiedelten Gebiete im Bergischen, „Express“ war eine Anspielung auf das langsame Zugtempo.

TRASSE Als ein Name für den neuen Radweg gesucht wurde, der weitgehend steigungsfrei auf der ehemaligen Bahntrasse durch das Bergische Land führt, setzte sich Balkantrasse durch.

Hüpp-Anlagen sollen Sportpark werden

WNK UWG wünscht einen Generationenpark.

Die Hüpp-Anlage soll zum inklusiven Generationenpark werden. Das wünscht die Ratsfraktion WNK UWG und stellt in einem Schreiben an Bürgermeister Rainer Bleek einen entsprechenden Antrag.

Dazu sollen die Hüpp-Anlagen mit Sportgeräten ausgerüstet werden, die vorwiegend für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung geeignet sind. Sie sollen aber auch für alle anderen Besucher des Parks attraktiv sein. Als Vorbild nennen Stefan Kind und Henning Rehse eine Anlage im Frankfurter Stadtteil Harheim. Die Sportgeräte können zum Beispiel in der Anordnung eines Zirkeltrainings aufgebaut werden.

Grundsätzlich möchte die Fraktion die Hüpp-Anlagen aus ihrem „Dornröschenschlaf“ wecken, wie es in dem Antrag heißt. Dies gelinge aber nur, wenn für diesen Grüngürtel im Herzen der Stadt eine attraktive Nutzung vorgesehen sei. Heute würden die verwilderten Grünflächen nicht zum Verweilen einladen. Die Fitnessanlage könne dabei nur ein Baustein sein.

Wegen der Nähe einiger Seniorenzentren solle gerade für die ältere Generation ein sportliches Angebot vorhanden sein. Die Verwaltung solle frühzeitig prüfen, ob die Maßnahme durch einen freien Träger oder Sponsoren finanziert werden kann. *kam*

WNK/UWG hält an der Ur-Wahl fest

Alle Menschen mit Behinderung sollen Vertreter wählen.

Nachdem die Vorsitzende des Behindertenbeirats Brigitte Hallenberg noch einmal öffentlich deutlich gemacht hat, dass der Beirat am bisherigen Wahlprozedere festhalten und keine Ur-Wahlen möchte, reagiert Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNK/UWG, mit Unverständnis: „Ich habe das Gefühl, Frau Hallenberg versteht die Hintergründe nicht.“ Die Reform sei nötig, um möglichst vielen Menschen mit Behinderung die Möglichkeit zur Teilhabe mittels aktivem und passivem Wahlrecht zu geben. Rehse: „Bisher gab es praktisch keine Wahl. Elf Vertreter von Verbänden, Vereinen und Initiativen trafen sich und ‘wählten’ sich gegenseitig in den Beirat. Das entspricht genau der Zahl der zu wählenden Mitglieder.“

Nach Meinung der WNK/UWG sollen die Behindertenvertreter alle Bürger wählen können, die am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben und selbst behindert sind oder im häuslichen Umfeld einen Menschen mit Behinderung betreuen sowie jene, die durch berufliches oder ehrenamtliches Engagement mit der Betreuung von Menschen mit Behinderung befasst sind. Im nicht-öffentlichen Wählerverzeichnis werden nur die Menschen auf eigenen Antrag hin eingetragen. Über den Vorschlag soll der Sozialausschuss am 22. September beschließen. *acs*

Antrag: Hüpp-Anlage als Generationenpark

WNKUWG beantragt den Bau eines inklusiven Parks - mit Sportgeräten für Jung und Alt. *BH 11.68.*

WERMELSKIRCHEN (ser) Die WNKUWG macht sich für die Errichtung eines inklusiven Generationenparks in der Hüpp-Anlage stark. In einem Schreiben an den Bürgermeister beantragt sie die Errichtung von Sportgeräten in der Hüpp-Anlage, ähnlich dem Modell der Stadt Frankfurt-Harheim, wo ein großer Fitnessparcours, vor allem für Senioren, gebaut wurde.

Sport stelle eine unerlässliche Größe für Gesundheit bis ins hohe Alter dar, begründet die WNKUWG. Bedingt durch einen hohen Individualisierungsgrad nutzen Menschen heute auch Angebote außerhalb von Vereinen. „Dieser Entwicklung möchten wir Rechnung tragen – gilt es auch hier, kollektive Gesundheitsbelastungen zu senken und die Gesundheitsressource der Bürger zu stärken“, sagt Stefan Kind, sozialpolitischer Sprecher.

Die Sportanlagen seien so zu konzipieren (zum Beispiel in der Anordnung eines Zirkeltrainings), dass ge-

rade ältere Menschen und Menschen mit Behinderung an den Stationen gezielt ihre Fitness, Kraft und Koordinationsfähigkeit trainieren können. Aber auch jüngere Menschen sollten von einer solchen Anlage profitieren, auch sie seien eingeladen, sich aktiv einzubringen.

„Wir möchten die Hüpp-Anlage aus ihrem Dornröschen-Schlaf befreien“

Stefan Kind, WNKUWG

Die WNKUWG möchte die Hüpp-Anlage aus ihrem langjährigen „Dornröschen-Schlaf“ befreien. Dies gelinge aber nur, wenn man für diesen Grüngürtel im Herzen der Stadt eine attraktive Nutzung vorsieht. „Der aktuelle Status beinhaltet aufgrund des fehlenden Katasters verwilderte Grünflächen und lädt nicht zum Verweilen ein. Wir möchten dies ändern, wobei die

Nutzung als Fitnessanlage nur als ein Baustein für eine Annahme durch die Wermelskirchener Bevölkerung gelten kann“, sagt Kind.

Aufgrund der fußläufigen Erreichbarkeit der Hüpp-Anlage von vielen Seniorenzentren (Dhünner Straße, Berliner Straße, Dörpfeldstraße) meint Kind, „dass wir gerade hier verstärkt unserer älteren Bevölkerung ein ansprechendes sportliches Angebot bieten müssen“. Ferner werde die Anlage bereits jetzt durch Mütter mit Kindern frequentiert, so dass die Hüpp-Anlage die Integration der Generationen und Inklusion von Menschen mit Behinderung fördern könne und solle.

„Es sollte frühzeitig geprüft werden, ob eine solche Maßnahme durch einen gemeinnützigen freien Träger erstellt und betrieben werden kann und sich so lokale (Bürgerstiftung) wie überregionale Fördermöglichkeiten wie auch Sponsoring ergeben können“, heißt es abschließend in dem Antrag.

KOMMENTAR

Frühzeitige Sponsorensuche

Ein Generationenpark mit Sportgeräten für Jung und Alt – das würde die Hüpp-Anlage deutlich aufwerten und zu einem attraktiven Treffpunkt machen. Der Blick in andere Städte, etwa nach Frankfurt-Harheim, zeigt, dass dort solch ein Fitnessparcours gut angenommen wird. Der Park dort hat 166.000 Euro gekostet – und das könnte auch zum Knackpunkt in Wermelskirchen werden, denn das Stadtsäckel ist bekanntlich leer. Es ist daher sinnvoll, frühzeitig die Fühler nach potenziellen Trägern und Sponsoren auszustrecken, denn ohne sie wird dieses sinnvolle Projekt wohl nicht zu stemmen sein.

sebastian.radermacher
@bergische-morgenpost.de

Im Rathaus herrscht Personalmangel

WGA 18.08.

Bürgermeister Rainer Bleek will zusätzliches Personal. Die meisten Ratsfraktionen sehen das genauso.

Von Karsten Mittelstädt

Bürgermeister Rainer Bleek schlägt Alarm. Mit den aktuell vorhandenen Mitarbeitern im Bauamt seien die bevorstehenden Aufgaben nicht zu stemmen. In Gesprächen mit der Kommunalaufsicht will die Verwaltung deshalb erreichen, dass zusätzliches Personal eingestellt werden kann. Eine interne Berechnung der Verwaltung geht nach RGA-Informationen von zehn fehlenden Mitarbeitern aus; drei zusätzliche Mitarbeiter seien dringend erforderlich.

Denn die Aufgaben, die die Bauverwaltung vor sich herschiebt, nehmen zu. Es gebe ja eine ganze Reihe von größeren Projekten, die in Planung seien beziehungsweise sich abzeichneten. „Da ist zum Beispiel die Erweiterung der Sekundarschule, dann ist nach wie vor die Sanierung der Rathausfassade zu begleiten“, nennt Bleek Beispiele. Hinzu kommen der geplante Umbau der Polizeiwache und eine neue Feuerwache Dabringhausen.



Die Arbeiten an der Fassade des Rathauses sind zwar auffällig, aber nur eines von zahlreichen Bauvorhaben der Stadtverwaltung, die vorbereitet oder begleitet werden müssen. Die Bauverwaltung hat zu wenig Personal, um alle Projekte gleichzeitig zu stemmen, sagt Rainer Bleek. Foto: Mittelstädt

Einige Planungen seien liegengeblieben beziehungsweise konnten nicht so intensiv verfolgt werden wie nötig. Beispielsweise ein neues Hallenbad. Eine Folge des Personalabbaus der vergangenen Jahre.

Die dringendste Aufgabe, die bevorsteht, ist die Unterbringung von Flüchtlingen. Nachdem die Erstaufnahmeeinrichtungen geschlossen sind, muss Wermelskirchen in Kürze wieder mit Zuweisungen rechnen, und zwar mit deutlich mehr Flüchtlingen, als zunächst erwartet. Wie viel genau, sagte Bleek nicht. „Unsere Quote ist auf etwa 76 Prozent gesunken“, sagt Bleek. „Wir sind aber noch in Gesprächen mit der Bezirksregierung.“

Nicht nur die Zahl der Zuweisungen ist noch offen, auch

die Finanzierung. „Da gibt es noch viele unbeantwortete Fragen“, sagt Bleek. Fest stehe wohl, dass der Bund 10 000 Euro pro Flüchtling übernehme. „Das reicht aber nicht“, sagt Bleek. Zwar seien weitere Hilfen angekündigt, wie viel und wann sei aber unklar.

Büfo, Grüne, WNK UWG und SPD unterstützen Bleeks Kurs

Die Ratsfraktionen haben unterschiedliche Standpunkte zur Personalerhöhung. „Ich bin da ganz bei Bürgermeister Bleek. Die Aufgaben, die die Stadt Wermelskirchen erledigen soll, sind mit dem vorhandenen Personal nicht zu schaffen“, sagt Oliver Platt (Büfo). Er geht aber noch weiter. „Wir brauchen jetzt klare Hilfe von Land und Bund. Wenn uns 300

bis 600 Flüchtlinge zugewiesen werden, brauchen wir Unterstützung, um das zu finanzieren.“

Bevor mehr Personal eingestellt wird, sollen lieber nicht so wichtige Projekte zeitlich verschoben werden, sagt Christian Klicki (CDU). Unaufschiebbar sind seiner Meinung nach die Flüchtlingsunterbringung, die Feuerwache Dabringhausen und die Entwicklung des Loches-Platzes. „Lieber länger auf die Verwirklichung von Projekten warten, als die Steuern erhöhen“, sagt Klicki.

Eine klare Meinung hat die WNK UWG-Fraktion. „Wir müssen mehr Personal haben, das gilt aber nicht nur für die Bauverwaltung, auch für Sozialamt, Grünflächenamt und Ordnungsamt“, sagt Henning

Rehse und legt nach: „Wir haben immer gesagt, wir lassen Wermelskirchen nicht kaputtsparen.“ Bleeks Vorgänger Eric Weik habe das in Teilen getan.

Ähnlich sehen es die Grünen. „Da sind wir 100 Prozentig beim Bürgermeister. In den vergangenen Jahren ist zuviel Personal abgebaut worden, auch in der Kämmerei. Das bekommen die Bürger jetzt zu spüren“, sagt Stefan Janosi.

Eine andere Auffassung hat die FDP. Statt langfristig mehr Personal einzustellen, sollten planerische Aufgaben an externe Büros vergeben werden. Dies könne von nur einem zusätzlichen Mitarbeiter überwacht werden. Das sei kurzfristig vielleicht teurer, langfristig aber günstiger, weil man sich nicht für viele Jahre an Perso-

HOCHBAUAMT

MITARBEITER Hochbauamtsleiter Frank Kieseler stehen für die Gebäudeplanung laut Stellenplan 5,5 Mitarbeiter und für die Gebäudeausstattung 2,2 Mitarbeiter zur Verfügung.

nal binden müsse, das in einigen Jahren vielleicht gar nicht mehr benötigt wird, erklärt Jürgen Manderla (FDP).

Die SPD ist dagegen voll auf Bleeks Kurs. „Ich kenne die Situation im Planungsamt und Hochbauamt. Da herrscht äußerst dünne Besetzung“, sagt der stellvertretende Fraktionschef Bernhard Schulte. „Wir unterstützen die Initiative des Bürgermeisters.“ » **Standpunkt**

WNK/UWG hat Ideen zur Flüchtlingsunterbringung

Die Fraktion WNK/UWG schlägt vor der Verwaltung vor, in jedem der insgesamt 25 Stadtbezirke jeweils eine Unterbringungsmöglichkeit für bis zu 40 Flüchtlinge zu schaffen, in ländlichen Gebieten entsprechend weniger. Wie Fraktionssprecher Hermann Opitz mitteilt, könnten „auf diese Weise bis zu 800 Unterbringungsplätze geschaffen werden“. Zwar sei der Fraktion klar, dass es nicht für alle Standorte Baurecht gebe, „die Fraktion teilt dazu mit, dass ihr das schlichtweg egal ist.“

Keine Massenunterkünfte für Flüchtlinge

Die Fraktionen berieten jetzt die von der Stadtverwaltung im Ältestenrat vorgelegten Konzepte zur Bewältigung der erwarteten Flüchtlingszuweisung. Integration ist das Ziel - hinter der Finanzierung steht das große Fragezeichen.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Zahlen schwanken, und was da wöchentlich an Informationen von der zuweisenden Bezirksregierung in Arnshagen kommt, hilft den Planer nicht gerade: Mal sollen 150, mal 300 Flüchtlinge der Stadt Wermelskirchen zugewiesen werden. Wie die unterzubringen sind in so kurzer Zeit, ist mehr als fraglich, zumal für nächstes Jahr weitere 300 angekündigt werden. Die Stadtverwaltung hat dem Ältestenrat nichtöffentlich ihre Konzepte vorgelegt – jetzt nachgearbeitet und nun in einigen Fraktionen ebenfalls nichtöffentlich vorgestellt. Die Ansätze seien gut, hieß es bei einer Umfrage, unklar ist die Finanzierung. Details werden nicht genannt.

Sah es im ersten Entwurf noch so aus, dass punktuell Unterkünfte bis zu 80 Personen hergerichtet werden sollten, rudert die Verwaltung jetzt zurück – bei 50 liegt wohl die Höchstgrenze. So sollen auch in Eichholz keine 56 mehr unterkommen, sondern nur noch 30, hieß es aus den Kreisen der Politiker.

Dass vor den gewählten Vertretern noch viel Arbeit liegt, bestätigt

Christian Klicki (CDU). „Wir werden in Klausur gehen. Denn, egal ob Mehrfamilienhäuser, Appartementshäuser oder temporäres Wohndörfer, diese Wohngebäude werden das Stadtbild nachhaltig verändern.“ Massenunterkünfte soll es aus Sicht der CDU nicht geben. 30 bis 40 Personen sei die optimale Zahl – „nur so gelingt die Integration. Bei 80 oder mehr Menschen wären die Bürger überfordert.“ Klar sei, dass Wermelskirchen mit den 10.000

Euro je Flüchtling, die die Stadt vom Bund erhält, nicht auskommen wird. „Wir sind aber gegen Steuererhöhungen. Das würde die Gesellschaft überfordern, die



„Wir müssen helfen, dürfen aber nicht bewegungsunfähig werden“

Jürgen Manderla
FDP

Integration würde misslingen.“

Für Oliver Platt (Büfo) ist es wichtig, dass eine verträgliche Verteilung der Flüchtlinge im Stadtgebiet erfolgt. Wichtig sei, dass die Personen menschenwürdig untergebracht werden, die nach Wermelskirchen kommen. „Daher muss schnellstmöglich dazu die Beschlussvorlage her.“ Ihm ist wichtig, dass keine Sporthallen belegt werden. „Wir werden dennoch den Bürgern einige unschöne Dinge abverlangen



„Wir schaffen die Umsetzung vor Ort, aber nicht finanziell“

Oliver Platt
Büfo

müssen“, deutete er an, ohne konkret zu werden. Aber die „großen Parteien müssen mehr Geld von Land und Bund einfordern“, sprach er CDU und SPD ab. „Wir schaffen die Um-

setzung vor Ort, aber nicht finanziell“, ist er sich sicher.

Dass die zugewiesenen Flüchtlinge ordentlich unterzubringen und zu versorgen seien, betont auch Henning Rehse (WNKUWG). „Wir dürfen aber nicht die Belastbarkeit der Bürger unserer Stadt aus den Augen verlieren.“ Seine Fraktion schlägt vor, in jedem der 25 Stimmbezirke eine Unterbringungsmöglichkeit für bis zu 40 Menschen zu schaffen – egal, ob es Baurecht gebe oder nicht. „Da sollen dann die Aufsichtsbehörden die Flüchtlinge mal aus den Häusern zerren. Die Politik sollte sich solidarisch mit Bürgermeister und Verwaltung erklären und einen solchen Weg gehen.“ Mit einer gleichmäßigen Verteilung werde eine Ghettoisierung vermieden und eine Grundlage für eine nachhaltige Integration gelegt.

„Wir haben wenig Spielraum für unsere Entscheidungen“, gesteht Jochen Bilstein (SPD) ein. „Wir brauchen grünes Licht für kurzfristige Lösungen, damit die Flüchtlinge von Anfang an untergebracht und integriert werden.“ Dabei gehe es um Anmietung von Wohnungen und Häusern sowie die Errichtung von Gebäuden.

Wobei die Stadt als Bauherr aufzutreten müsse, denn es gibt keine Investoren. Als „skandalös“ bezeichnet es Bilstein, mit welchen unsicheren Zahlen die Stadt operieren müsse. Er gehe davon aus, dass bis zum Jahresende 275 Flüchtlinge untergebracht werden müssen. Massenunterkünfte hält auch er für nicht zielführend.

Für Jürgen Manderla (FDP) sind zwei Punkte nach den Vorstellungen der Konzepte wichtig: 1. Die Anwohner müssen mitgenommen werden. 2. Mit ihm wird es keine Steuererhöhungen geben. „Die Finanzierung der Vorhaben ist völlig offen. Dies muss aber schnell geklärt werden. Wir können bei allem nicht unsere Ressourcen oder unser Tafelsilber nur für diese Unterkünfte einsetzen. Wir müssen den Menschen helfen, dürfen aber nicht komplett bewegungsunfähig werden.“

Bürgermeister Bleek habe einen schweren Job, und diese Aufgabe eigne sich nicht, um Opposition zu betreiben. „Aber es muss noch an vielen Stellschrauben gedreht werden. Denn, um einen Haushalt aufzustellen, brauche wir klare Ansagen, woher das Geld für die Projekte kommt.“